

14393/AB
Bundesministerium vom 26.06.2023 zu 14912/J (XXVII. GP)
Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
sozialministerium.at

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.325.103

Wien, 14.6.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 14912/J des Abgeordneten Peter Wurm betreffend EU droht mit Zwangssanierung: Hausbesitzer müssen Tausende Euro investieren** wie folgt:

Fragen 1 bis 4:

- *Wie soll die Richtlinie, wenn diese in Brüssel verabschiedet wird, in Österreich umgesetzt werden?*
- *Eine Sanierung ist für einen großen Teil der Haushalte in Österreich nicht denkbar. Was soll mit den Häusern passieren, die nicht saniert werden können?*
- *Bei der momentanen Rekordinflation ist es für viele Haushalte nicht möglich, die Energiekosten zu decken. Warum wird, anstatt die Bevölkerung zu entlasten, an weiteren enormen Belastungen gearbeitet?*
- *Wie rechtfertigt sich eine solche Maßnahme mit der von Österreich angestrebten Sozialpolitik?*

Angelegenheiten des Bauwesens, des Energiewesens und des Klimaschutzes fallen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, so dass diese Fragen nicht Gegenstand der Vollziehung meines Ressorts sind.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch